# Rems-Zeitung

DIE HEIMATZEITUNG SEIT 1786 • UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR SCHWÄBISCH GMÜND UND DEN OSTALBKREIS • ÄLTESTE NOCH ERSCHEINENDE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Nummer 155 • 28. Woche • 240. Jahrgang | Donnerstag, 9. Juli 2026 | remszeitung.de • € 2,70 • E 5836


## Im Lokalteil

### Bremse für das Hallenbad

Schwäbisch Gmünd steht vor schwierigen Jahren, weshalb Oberbürgermeister Richard Arnold bei teuren Zukunftsprojekten wie der Hallenbadsanierung die Bremse anzieht. Weil gleichzeitig die Gewinne der Stadtwerke einbrechen und das Geld knapper wird, diskutierte der Verwaltungsausschuss intensiv über Sparmaßnahmen von den Bädern bis zu den Reisekosten der Gemeinderäte. » **Seite 13**

### Drogengeschäfte per WhatsApp

Ein 27-Jähriger muss sich vor dem Ellwanger Landgericht verantworten, weil er kiloweise Cannabis und Kokain hochprofessionell über WhatsApp-Nachrichten verkauft haben soll. Obwohl die Staatsanwaltschaft dem einschlägig vorbestraften Mann stolze 223 Taten vorwirft, könnte das Gericht die Anklagepunkte am Ende straffen und zusammenfassen. » **Seite 13**

### Zwei Tote auf der L1165

Ein schrecklicher Verkehrsunfall zwischen Bartholomä und dem Wental hat am Dienstagabend zwei Menschenleben gefordert. Ein 34-jähriger Autofahrer verlor nach einem abgebrochenen Überholmanöver die Kontrolle über seinen Wagen, prallte frontal gegen einen Baum und das Fahrzeug brannte vollständig aus. Für den Fahrer und seine 43-jährige Beifahrerin kam jede Hilfe zu spät, da das Auto beim Eintreffen der Rettungskräfte bereits lichterloh in Flammen stand. » **Seite 15**

### Kreisfeuerwehrtag Ellwangen

Die Freiwillige Feuerwehr Ellwangen feiert in diesem Sommer ihr 175-jähriges Bestehen und richtet gleichzeitig den diesjährigen Kreisfeuerwehrtag aus. Um den erwarteten Tausenden Gästen und Besuchern der Landesgartenschau genug Platz zu bieten, wird extra die Hälfte des Marktplatzes mit einem riesigen Festzelt überdacht. » **Seite 16**

### Eric Maihöfer auf EM-Kurs

Eric Maihöfer vom VfL Sindelfingen hat die Teilnahme an den Leichtathletik-Europameisterschaften in Birmingham im August fest im Visier. Der Kugelstoßer aus Schwäbisch Gmünd stellte zuletzt mit 20,63 Metern eine neue persönliche Bestleistung auf. » **Seite 21**

## Börse

| Dax | Euro-Stoxx 50 | Euro |
|---|---|---|
| 24933,97 Pkt. | 6214,69 Pkt. | 1,1404 Dollar |
| **– 531,28 Pkt.** | **– 105,17 Pkt.** | **– 0,29 Cent** |

## Wetter

**Mittags 29° | Nachts 15°**

Viel Sonnenschein und überwiegend niederschlagsfrei

Foto: Lichtgut/Max Kovalenko Montage: Fischer

## Kampf ums Brot

**Die Handwerkskunst der Bäcker wird allgemein hochgeschätzt. Wenn es aber um den Preis geht, decken sich viele Kunden und Kundinnen dann doch lieber an der günstigen Supermarkt-Backstation mit Croissant, Brötchen oder Brot ein. Das Nachsehen haben die klassischen Bäckereibetriebe, deren Zahl kontinuierlich sinkt.**

# Umfrage: Landesregierung soll bei sich selbst sparen

**BaWü-Check** Trotz sinkender Steuereinnahmen finden die Menschen im Südwesten, die Regierung solle nur in zwei Bereichen sparen, nämlich in der Verwaltung und in der Kultur.

Von Annika Grah

**STUTTGART.** Trotz sinkender Steuereinnahmen sehen die Menschen im Südwesten nur zwei Bereiche, in denen das Land sparen könnte: bei sich selbst – und bei der Kultur. Vier von fünf Befragten im BaWü-Check, der repräsentativen Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, finden, dass das Land Personal in der Landesverwaltung kürzen sollte. Ein Versprechen, das die Regierung im Koalitionsvertrag auch gegeben hat.

Obwohl Grüne und CDU zum Start jeweils 30 Stellen in den von ihnen geführten Ministerien schaffen dürfen, beteuert Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne), die Landesregierung halte am Abbauziel weiter fest.

Der zweite Bereich, in dem laut den Befragten weniger Geld ausgegeben werden sollte, sind Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. 72 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte. 2025 befürworteten nur 59 Prozent Kürzungen im Kulturbereich.

Den Abbau von Schulden hält nicht einmal jeder Fünfte für eine der wichtigsten Aufgaben. Vor allem im sozialen Bereich solle das Land mehr Geld in die Hand nehmen. 90 Prozent möchten, dass mehr für Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser ausgegeben wird. 88 Prozent sind der Auffassung, dass mehr Geld in die Ausstattung von Schulen gesteckt werden sollte, 81 Prozent sind für eine bessere Finanzierung von Kindergärten. Auch höhere Investitionen in Infrastruktur wie Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) befürworten viele.

All diese Wünsche zu erfüllen dürfte angesichts der Finanzlage schwierig sein. Hoch sind die Erwartungen an die Landesregierung indes nicht. Nur 38 Prozent der Befragten trauen ihr zu, die Zukunftsprobleme im Südwesten erfolgreich anzugehen.

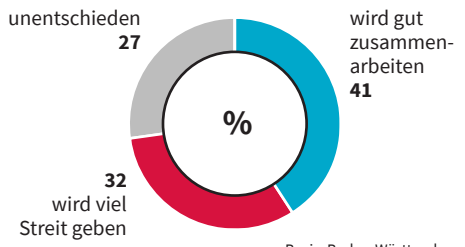
Das Vertrauen in den neuen Ministerpräsidenten Cem Özdemir (Grüne) ist hingegen groß. 53 Prozent trauen ihm zu, ein guter Ministerpräsident zu werden. Ähnlich gut kam zuletzt Vorgänger Winfried Kretschmann (Grüne) weg: 50 Prozent der Befragten fanden im Februar nach fast 15 Jahren Amtszeit, Kretschmann habe gut gearbeitet.

**Leitartikel**

### Kooperation und Konflikte erwartet

**Glauben Sie, dass die Koalition aus Grünen und CDU in Baden-Württemberg gut zusammenarbeiten wird?**

Angaben in Prozent




Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

Grafik: Locke | Quelle: Allensbach, IfD-Umfrage 6195/III

## Fußball-WM heute

### Norwegen glänzt sportlich

**MIAMI.** Die norwegische Elf um Superstar Erling Haaland kämpft am Samstag gegen England um den Einzug ins Viertelfinale. Das ist ein enormer Erfolg – aber nur ein Aspekt der sportlichen Leistungsfähigkeit des 5,6-Millionen-Einwohner-Landes. Ob Fußball, Radsport, Wintersport, Leichtathletik oder Handball: Norwegen ist obenauf. *red*

### Schweiz weint überwältigt

**VANCOUVER.** Nach dem 4:3-Sieg gegen Kolumbien zeigten die Schweizer große Emotionen – und freuen sich nun auf Argentinien. Der als kühl geltende Schweizer Kapitän Granit Xhaka sank nach dem Einzug ins Viertelfinale zu Boden und weinte. *sid*

### Ägypten erhebt Vorwürfe

**ATLANTA.** Ägyptens Trainer Hossam Hassan wirft dem Schiedsrichter vor, im Achtelfinale Argentinien bevorteilt zu haben. Der Verband reicht Beschwerde ein. „Wir sind betrogen worden", sagte Hassan nach der 2:3-Niederlage in der K.-o.-Runde. *sid*

# Nato-Staaten erneuern Bündnistreue zu Artikel 5

Beim Gipfel in Ankara betonen Staaten gegenseitige Beistandspflicht. USA sagen Ukraine Bau von Patriot-Raketen zu. Trump droht Iran.

**ANKARA/WASHINGTON.** Die Nato-Staaten haben ungeachtet der scharfen Kritik durch US-Präsident Donald Trump an der Allianz auf dem Gipfel in Ankara ihre Bündnistreue und gegenseitige Beistandspflicht bekräftigt. Die Staats- und Regierungschefs betonten ihr „unerschütterliches Bekenntnis" zur „gemeinsamen Verteidigung gemäß Artikel 5" des Nordatlantikvertrags. „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle", erklärten die Nato-Partner darin.

Die von Russland angegriffene Ukraine erhielt unterdessen eine neue Zusage für milliardenschwere Militärhilfen. Für dieses Jahr sagen Verbündete 70 Milliarden Euro für Ausrüstung, Unterstützung und Ausbildung zu. 2027 soll die Militärhilfe mindestens auf diesem Niveau fortgesetzt werden. Laut Trump werden die USA der Ukraine die Erlaubnis zum Bau von Patriot-Luftabwehrraketen erteilen. „Wir werden ihnen das Recht geben, Patriots herzustellen", sagte er bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. „Wir werden ihnen zeigen, wie es geht", fügte Trump an.

Bundeskanzler Friedrich Merz sieht die Zusage als wegweisend an. „Dem Kreml dürfte langsam klar sein, dass sich Russland in diesem Krieg nicht durchsetzen und seine Kriegsziele nicht erreichen wird", sagte der CDU-Politiker. Der Gipfel in Ankara könne einen Einschnitt in diesem Krieg markieren.

Derweil drohte Trump angesichts der Eskalation im Iran-Krieg mit weiteren Angriffen. Das US-Militär habe den Iran mit Attacken in der Nacht „hart getroffen" und „wir werden sie höchstwahrscheinlich auch heute Nacht wieder hart treffen", sagte Trump. Er zeigte sich nicht glücklich über das „sehr schlechte Benehmen" der Führung in Teheran. Eigentlich hatten die USA und der Iran eine Waffenruhe vereinbart. *dpa/AFP*

# Regierung lehnt weniger Arbeit für Beamte ab

Innenminister Hagel hält eine Arbeitszeitverkürzung angesichts der Automobilkrise für unpassend.

**STUTTGART.** Der baden-württembergische Innenminister Manuel Hagel (CDU) hat der langjährigen Forderung des Beamtenbundes im Land nach einer Verkürzung der 41-Stunden-Woche für die Landesbeamten eine endgültige Absage erteilt: „Für eine Absenkung der Stundenzahl sehen wir im Moment keinen Spielraum", sagte er auch mit Verweis auf die Diskussionen um längere Arbeitszeiten in der kriselnden Automobilindustrie.

Der Bundesvorsitzende des Beamtenbundes, Volker Geyer, warnt derweil vor einem fortgesetzten „Beamtenbashing, das ganz unmittelbar zur Respektlosigkeit gegenüber dem Staat führt". Der Weg zur Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sei dann ganz kurz – die Gewalt habe „in den letzten Jahren exorbitant zugenommen". *ms*

## Kommentar

### Lieber gründlich als hektisch

Ministerin Warken will die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung regeln. Ihr Plan wirkt aber chaotisch.

Von Hajo Zenker

Die Löcher in den Kassen der Krankenkassen werden immer größer. Soll es zum Jahreswechsel nicht erneut zu einer Welle von Beitragserhöhungen für die Versicherten und ihre Arbeitgeber kommen, muss schnell gehandelt werden. Die Frage ist nur: wie schnell? Zwar ist verständlich, dass die Regierung das Reformgesetz, das letztlich ein Kürzungsgesetz ist, noch vor der Sommerpause durchbringen will. Doch war man sich innerhalb der Koalition und in den Verhandlungen mit den sehr kritisch gestimmten Ländern in vielen Punkten so uneins, dass der erste in den Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf quasi Makulatur ist.

Auf den letzten Drücker formulierte und auf fast 300 Seiten verteilte Änderungen sind eine Zumutung für Parlamentarier, die gern wissen wollen, worüber sie da eigentlich abstimmen. Das Durcheinander ist so groß, dass nun Oppositionspolitiker vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind.

Wie das Urteil ausfallen wird, lässt sich schwer vorhersagen. Immerhin, Karlsruhe hat 2023 schon einmal die Verabschiedung eines Gesetzes kurz vor der Sommerpause gestoppt – damals ging es um das Gesetzgebungsverfahren zum sogenannten Heizungsgesetz der Ampelkoalition. Unabhängig davon gilt: lieber ein durchgerechnetes Gesetz, das Anfang September zur Abstimmung steht, als allerlei Detailänderungen, die niemand mehr versteht – und die uns allen gewaltig auf die Füße fallen können.

# Opposition will mehr Zeit für GKV-Reform

**BERLIN.** Die Grünen und die Linke haben eine Eilklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, um die noch für diesen Freitag geplante Abstimmung über die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Parlament zu verhindern.

Er habe das Gericht angerufen, weil er „Zweifel habe, dass dieses Gesetzgebungsverfahren noch den verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein ordnungsgemäßes parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren genügt", erklärte der Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen. Er kritisierte ein „chaotisches Gesetzgebungsverfahren". Eine hinreichende Prüfung im Parlament sei praktisch nicht möglich. *AFP*

**Kommentar**